

Jahreskongress ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Berliner Arbeiterklasse. Die Schuld an dieser kläglichen Bilanz trägt die regierungsjournalistische Fraktion der K. u. S.-Räte, die zu einem ziemlich nebenläufigen Tagesordnungspunkte zeitraubende namentliche Abstimmungen verlangte.

Wissen die Arbeiterräte dieser Fraktion denn gar nicht, in welcher Zeit wir leben? Stehen sie dem furchtbaren Ernst der Lage im Staats- und Wirtschaftsleben vollständig blind gegenüber? Sind sie bereit durch einen entwerfenden Partei-Drill gelähmt, daß sie nicht merken, wie sie die Marionetten von ein paar Drahtziehern sind? Ich bin kein Freund von persönlichen Anzuspinnungen, aber angesichts der bittersten Situation ist es notwendig, hier einige Namen an den Pranger zu stellen. Nachdem Herr Rüdemann in seiner eigenen Fraktion abgewirtschaftet hat, ist es jetzt Herr Strofer, der den traurigen Ruhm auf sich nimmt, durch geschäftsordnungsmäßige Anträge die Tätigkeit des Groß-Berliner Arbeiterparlamentes lahmzulegen, wobei allerdings Herr Rüdemann noch kluglich hinter den Kulissen mitgearbeitet haben soll.

Durch diese Machenschaften, die sich vielleicht nur zu bald recht bitter an der Berliner Arbeiterklasse rächen werden, ist die Stellungnahme der Groß-Berliner Arbeiterräte zu den wichtigsten Zeitfragen um 2 Tage verzögert worden; und das in einer Zeit, in der jede Stunde Verzögerung unabsehbaren Schaden nach sich ziehen kann. Verzögert worden ist auch die Stellungnahme zu dem Rätekongress, wodurch der ebenso bössartigen wie verderblichen Verschleppungstaktik des Zentralkomitees Vorschub geleistet wird.

Können und wollen die Berliner Arbeiter sich weiter etwas derartiges gefallen lassen? Wir glauben, daß ein Teil der Arbeiterräte, der noch im Lager des Rechtssozialismus steht, nur aus kurzfristiger Verblendung eine solche Taktik mitmacht. Diese Arbeiter merken gar nicht, wie sie Werkzeuge sind in der Hand einiger verdochter Drahtzieher, die als Lokalen ihrer zu hohen Nennern und Würden emporgestiegenen Parteiführer innerhalb der Arbeiterräte nur engstirnige Parteipolitik treiben wollen, anstatt, wie es ihre Pflicht wäre, über die Parteigrenzen hinaus für die Ergründung der Revolution und für den Sozialismus einzutreten.

Es liegt im Wesen des Räte Systems, jederzeit die an bestimmte Stellen berufenen Personen abzuberufen und Neuwahlen vorzunehmen. Es war daher das gute Recht eines Teiles der Vollversammlung, den Antrag zu stellen, die Neuwahl des Vollzugsrats auf die Tagesordnung zu setzen. Es war aber geradezu ein Verbrechen an der Berliner Arbeiterklasse, durch das Verlangen nach namentlicher Abstimmung über diesen Antrag den eigentlichen Zweck der Versammlung zu sabotieren.

Arbeiter, seht Euch in dieser ersten Zeit Eurer Arbeiterräte an! Verlangt so schnell als möglich Rechenschaft von ihnen, wie sie zur Frage der Erhaltung der K. u. S.-Räte stehen, verlangt von ihnen klare Auskunft, ob und wie sie Eure politischen Freiheiten verteidigen und erweitern, ob und wie sie dem Verfall unseres Wirtschaftslebens steuern und damit Eure eigene Existenz sichern wollen.

Wiederholen sich solche Vorgänge, wie gestern in der Vollversammlung der K. u. S.-Räte, so wird die deutsche Arbeiterklasse mit Recht voll Spott und Verachtung auf die Berliner Arbeiter blicken.

Aufruf der sächsischen Landeskonferenz der U. S. P.

Die Sonntag in Dresden benannte Landeskonferenz der U. S. P. hat einstimmig folgenden Aufruf angenommen:

An das sächsische Proletariat! Die Gegenrevolution schreitet von Verbots- zu Verbrechen. Das Blut der Klassenbewußten Arbeiterklasse und ihrer Führer wird von der Bourgeoisie und ihren Mittelschichten in Strömen vergossen. Von Sozialismus ist keine Rede mehr. Die bürgerlich-rechtssozialistische Regierung im Reich unterstützt die Bestrebungen zur Wiederaufrichtung des kapitalistischen Systems. Sie arbeitet an der Zerstörung der revolutionären Organe der Arbeiterklasse.

Diese Regierung ist ein Hindernis für die Befreiung der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Sie muß fort. Die Landeskonferenz der U. S. P. Sachsens erklärt, daß die U. S. P. Sachsen alle politischen, wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterklasse gegen diese Regierung und gegen die Gegenrevolution nach Kräften unterstützen wird.

Die Landeskonferenz erklärt ihre Entschlossenheit festzuhalten an den Arbeiter- und Soldatenräten und sich den reaktionären Versuchen auf ihre Befreiung zu widersetzen.

Sie spricht der bayerischen Arbeiterklasse, die sich zu einer einheitlichen Kampffront zusammengeschlossen hat, ihre Sympathie aus. Auch sie ist durchdrungen von der Überzeugung der Notwendigkeit des Zusammenschlusses des Proletariats auf revolutionärer, sozialistischer Grundlage, zum Zweck der Schaffung einer einheitlichen Kampffront des Proletariats gegen den Kapitalismus zur Verwirklichung des Sozialismus. Sie sagt der bayerischen Arbeiterklasse jede mögliche Hilfe und Unterstützung für ihre Bestrebungen zu.

Arbeiter Soldaten! schließt euch zusammen gegen die Gegenrevolution, führt die Arbeiter- und Soldatenräte, unterstützt den jetzigen Kampf! Auf zum Kampf für den Sozialismus!

Die Landeskonferenz der U. S. P. Sachsens.

Der Streik in Mitteldeutschland.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Der Streik in Erfurt wird nicht geführt von irgendeiner Seite der Partei, sondern von der gesamten Arbeiterklasse. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte ist so gut wie nicht daran beteiligt, sondern der Generalkomitee wird geführt von der gesamten Arbeiterklasse Erfurts, in welcher vertreten sind die Rechtssozialisten, die Unabhängigen und die Kommunisten.

Am letzten Sonntag hat eine Konferenz der größeren Städte Thüringens stattgefunden, wo eingehend über die Frage des Generalkomitees gesprochen wurde. Daraufhin wurde eine Kommission gewählt, die nach Weimar geschickt wurde und mit Herrn Koste über die Zurückziehung der Truppen von Gotha und Langensalza Absprache nehmen sollte. Seit gestern nachmittag um 5 Uhr sind die Truppen zurückgezogen, aber die Arbeiterklasse der Städte bleibt weiterhin im Generalkomitee und erklärt sich weiter mit der gesamten Arbeiterklasse der Provinz und der anderen Städte solidarisch.

Die Mitteilung von dem Ausbruch des Generalkomitees ist in der Nacht vom 25. bis zum 26., an alle auf der Konferenz beteiligten Orte weitergegeben worden und es werden für heute nachmittag bis gegen Abend weitere Erklärungen für den Generalkomitee aus den anderen Städten der Provinz noch erwartet. Es ist anzunehmen, daß morgen früh der Generalkomitee für ganz Thüringen erklärt sein wird.

Umsturz des Streiks.

Leipzig, 26. Februar. Die Arbeiter der Stickstoffwerke und Dynamitfabrik in Wittenberge sind aus Solidarität für die Bergarbeiter des Mitteldeutschen Kohlenbezirks ebenfalls in den Ausstand getreten.

Leipzig, (U. S. P.). In einzelnen Städten Sachsens gärt es bei den Rechtssozialisten. Es scheint, als bereite sich eine Abtrennung vor. In Riesa a. E. be ein allgemeiner Streik am Dienstag. In Freiberg i. S. a. ist heute ein allgemeiner Streik ausgebrochen.

Leipzig, 26. Februar. (U. S. P.) Wie der Leipziger K. u. S.-Rat mitteilt, ist der Generalkomitee für ganz Thüringen erklärt. Bislang haben sich 23 Städte angeschlossen. Wie aus Reiz gemeldet wird, ist das dortige Bürgerium in den Streik eingetreten. In Weiskensfeld ist die gleiche Maßnahme geplant.

Wie wir indirekt aus Halle erfahren, durchzogen heute große Menschenmengen die Straßen der Stadt. Zu größeren Kundgebungen war es aber, wie überhaupt im ganzen Streikgebiet, bis in die Nachmittagsstunden, soweit bekannt ist, nicht gekommen.

Magdeburg, 26. Februar. Die Werksstätten- und Lokomotivarbeiter des Hauptbahnhofes legten heute mittag die Arbeit nieder. Der Zugverkehr erlitt starke Verzögerung.

Die Lage in Düsseldorf.

Düsseldorf, 26. Februar. Eine gestern abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit der Frage der Fortsetzung des allgemeinen Ausstandes und der Bezahlung der Löhne für die Ausstandstage. In stundenlangen Erörterungen wurde immer wieder die Unzufriedenheit mit den Vollzugsratsentscheidungen des Arbeiterrats und dessen ungenügender Vertretung der Arbeiterinteressen bei diesem Ausstand zum Ausdruck gebracht. Der Kommunist Hammer-Essen gab zu, daß der Ausstand verloren sei, und warnte die Düsseldorfer Arbeiterklasse im Hinblick auf das abgeschlossene Abkommen vor seiner Fortsetzung. Die Versammlung beschloß schließlich, daß der Ausstand bei Auszahlung der Löhne für die Ausstandstage abgebrochen werden solle. In einer Entschließung wurde von der Regierung Herausgabe der Gefangenen aus den letzten Kämpfen und sofortige Zurückziehung der Regierungstruppen aus dem Industriegebiet gefordert und betont, daß für jeden von den Truppen erschossenen Gefangenen 10 Vertreter der Industrie ihr Leben lassen müßten. Auf den Werken ist die Arbeit nur zum Teil wieder aufgenommen.

Die Lage in München.

München, 26. Februar.

Die allgemeine Lage in München ist heute ruhig, die Trauerfeierlichkeiten waren sehr imposant. Augenzeugen, die bei der Verurteilung Webers zugegen gewesen waren, sprachen aus, daß der heutige Trauerzug weitaus größer gewesen sei, als bei Webel. In München ist alles ruhig, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß im Anschluß an die Verhandlungen des Rätekongresses ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten können. Entgegen den falschen Gerüchten sei noch weiter festgestellt, daß bisher 10 Weiseln festgenommen worden sind. Es sind dies Vertreter der Offiziere und des Hochadels. Diese Weiseln befinden sich in einem der ersten Hotels der Stadt. Erschossen ist niemand.

Ein Wortbruch der Obersten Heeresleitung.

Aus Brüssel wird dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ mitgeteilt, daß in dem Bureau des belgischen Eisenbahnministeriums ein aus der Zeit der deutschen Besetzung stammendes, vom 12. November 1918 aus dem deutschen Hauptquartier datiertes Dokument aufgefunden worden ist, in welchem sich folgende Sätze finden:

„In Hinblick auf die Transportverhältnisse besteht wenig Hoffnung, die Maschinen mitnehmen zu können, welche jetzt noch nicht auf den Eisenbahnen verladen sind. Soweit der Verkauf an belgische Unternehmer noch nicht möglich ist, ist es notwendig, zu versuchen, sie an Neutralen zu verkaufen. Hauptächlich für Maschinen, die sich auf Schiffen befinden, ist zu versuchen, sie an Holländer zu verkaufen und sie nach Holland zu transportieren. Von allen diesbezüglichen Verträgen ist eine Abschrift oder ein Bericht der Obersten Heeresleitung zuzuschicken.“

Diese Versäumnis ist für die Oberste Heeresleitung unterzeichnet vom Oberst Böcker.

Das Rotterdammer Blatt schreibt hierzu:

„Dieses Dokument ist datiert vom 12. November 1918, vom Tage nach der Schließung des Waffenstillstandes. Bei der Unterzeichnung im Namen der Obersten Heeresleitung mußte der Oberst, daß er die Handschriftung schändete, mit welcher die deutsche Regierung jeden den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet hatte.“

Also auch nach dem Zusammenbruch des alten Reiches lehten die Leute, die bis dahin den Namen Deutschlands geschändet hatten, ihre kriegsähnliche und betrügerische Arbeit fort, obwohl sie wußten, daß sie dadurch Land und Volk den schwersten Gefahren aussetzten. Das sind dieselben Leute, die nicht müde werden, die Schuld an dem Zusammenbruch und den schweren Waffentillstandsdinamungen der Revolution zuzuschreiben und täglich Anklangen erheben gegen die K. u. S.-Räte, die angeblich das Ansehen Deutschlands bei der Entente schädigen und den Friedensschluß erschweren. Nun kriegt sich an dieser Enthüllung, der wohl noch manche andere folgen werden, wie die Schädlinge sind, die der Entente immer neues Material zu Anklagen gegen Deutschland liefern und in der ganzen Welt die Ansicht aufrechterhalten, daß dieselben Banditen wie früher die Macht in Deutschland in Händen haben.

Rabbi und Mönch.

Der bekannte Führer der rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen Hugo Stinnes hat gestern in einem Artikel in der alldeutschen Presse heftige Angriffe gegen Erberger gerichtet und die Schwerindustrie warm in Schutz genommen. Hierbei erhebt er gegen die Reichsregierung den Vorwurf, daß sie die im Laufe des Krieges sich bietenden und

herbeigeführten Gelegenheiten zum Vorratfen an den Osten verpaßt habe. Ferner heißt es in seiner Anklage:

„Es hätte nicht passieren können, daß man im Frühjahr 1918 die durch eine feindliche Großmacht gebotene unmittelbare Gelegenheit zum Meinungsaustrausch mit der Gesamt-Entente ablehnte, um danach am 12. Dezember 1918 mit einem allgemeinen Friedensangebot herauszukommen. Die Beweise für diese Behauptung liegen in der Reichskanzlei bzw. dem Auswärtigen Amt.“ ...

Darauf antwortet die Regierung in einem Wolff-Telegramm:

„Der Stinnes läßt unentwöhnt, wer diese Gelegenheit abgelehnt haben soll. Es steht jedenfalls fest, daß im Auswärtigen Amt keinerlei Akten vorhanden sind, die auf ernsthaft begründete Verhandlungsmöglichkeiten zu der von Herrn Stinnes angegebenen Zeit auch nur im entferntesten schließen lassen.“

Es wird vielleicht stimmen, daß die israelischen Akten im Auswärtigen Amt nicht zu finden sind. Sie werden wohl dort sein, wo so manche verdammten Akten sich zur Zeit befinden. Denn daß Herr Stinnes, der im Jahre 1916 im Auftrage der deutschen Regierung in geheimer diplomatischer Mission in Stockholm war und mit dem jordanischen Gesandten verhandelte, nicht genau über die von ihm mitgeteilten Dinge unterrichtet sein sollte, ist wohl kaum anzunehmen.

Nach der Fälschung die Lage.

Um die Einigkeit des Proletariats in München gewaltiam zu sprengen, hatte der „Vorwärts“ die Mär erfunden, die Mordtat gegen Kuer stehe im Zusammenhang mit einem vom revolutionären Arbeiterrat geplanten Komplott gegen den Landtag. Wir hatten diese Komplottgeschichte als eine gewissenlose Erfindung von Leuten gekennzeichnet, die bei jeder Gelegenheit die Einigung der Arbeiter zu hintertreiben suchen. Auf diese Feststellung schweigt der „Vorwärts“. Geiren seiner bisherigen Tradition antwortet er aber mit einer neuen Lüge. Er sucht die verlogene Situation dadurch zu retten, daß er uns länerisch vorwirft, wir hätten den Attentat gegen Kuer in Schutz genommen. Wir stellen hierauf fest, daß wir bereits vor dem Erscheinen des veriditen Anariffs des „Vorwärts“ gegen das Münchener Proletariat unsere Meinung über das Attentat gegen Kuer folgendermaßen ausgedrückt haben:

„Unsere Partei hat immer den Standpunkt vertreten, daß jeder Akt individuellen Terrors auf das Schärfste zu verurteilen ist. ... Und sie wird selbstverständlich jede Maßnahme unterstützen, um die Schuld der Schuldigen vor aller Öffentlichkeit in vollem Umfange aufzudecken, ohne, wie der „Vorwärts“ und seine Weimarer Vorgesetzten das im Falle Diebstecht-Luzemburg tun — die Schuldigen und ihre Hintermänner mit allen Mitteln zu beschützen.“

Wir haben, wie aus diesem Zitat hervorgeht, das Attentat gegen Kuer sofort scharf verurteilt und nie daran gedacht, den Täter irgendwie in Schutz zu nehmen. Wir haben keine Gesinnungsgemeinschaft mit Landshera und Seine, die alles tun, eine einwandfreie Untersuchung gegen die Mörder Diebstochts und Luzemburg zu verhindern.

„Rechter Hand, linker Hand — alles verkauft.“

Die Regierung veröffentlicht in der „D. Allg. Ztg.“ und den „P. B. N.“ ein umfangreiches Dementi gegen uns, das mit den Worten beginnt:

„Die „Freiheit“ behauptet, daß die Regierung durch die Zurückziehung der Betriebsräte wesentlich dazu beigetragen habe, in Halle den Generalkomitee herbeizurufen. Diese Nachricht ist unzutreffend.“

Die Weidung, gegen die sich dieses Dementi richtet, stand in unserer gestrigen Morgenausgabe. Sie stammt aber nicht von uns, sondern von dem — offiziellen Wolffischen Telegrammen-Bureau!

Die armen Geheimräte, die die Dementis gegen uns abzuschaffen haben, scheinen von den Ereignissen so mitgenommen zu sein, daß ihre rechte Hand nicht mehr weiß, was die linke tut.

Preussischer Ruhhandel.

Die parlamentarischen Ruhhändler sind wieder an der Arbeit. Dieksmal geht es um die preussische Regierung. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ weiß darüber zu berichten:

Im Laufe des letzten Tages haben in Weimar Verhandlungen zwischen der deutschdemokratischen Partei und den Reichsregierungsmitgliedern stattgefunden über die Bildung einer preussischen Regierung. Es sind Besprechungen im Gange, auch das Zentrum zur Bildung der preussischen Regierung herangezogen.

Es ist bezeichnend für die Bestimmung der rechtssozialistischen Führer, daß sie überhaupt auf den Gedanken kommen, mit der kompromittiertesten denksigen Partei, mit den ehemaligen Nationalliberalen und Schwerindustriellen zusammen eine Regierung zu bilden. Das hätten sie vor der Revolution kaum gewagt. Aber heute ist ihnen jedes Mittel recht, von dem sie glauben, daß es sie „hilft“. Sei es Zentrum, sei es Schwerindustrie — sie greifen anstandslos nach jeder Stange. Nur auf die Arbeiter stützen sie sich nicht.

Die Neubildung der braunschweigischen Regierung.

T. U. Braunschweig, 26. Februar. Die Aemter der braunschweigischen Regierung sind wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, wie folgt besetzt: Vorsitz: Inneres und Finanzen: Oertel (U. S. P.), Landwirtschaft: Jäger (S. P. D.), Arbeit: Schardt (U. S. P.), Handel und Verkehr: Antz (S. P. D.), Ernährung: Gerdeck (U. S. P.), Schule und Kirche: Steinbrecher (S. P. D.), Recht: Junke (U. S. P.), Verteidigung: Undeutsch (S. P. D.).

Protektstreik in Spandau.

In der Artillerie-Bezirkstadt Spandau, Spandau, fand gestern früh anlässlich der Beerdigung zur Erinnerung eine Betriebsversammlung (ca. 4000 Arbeiter und Angehörige) statt, in der das Andenken des Ermordeten geacht wurde. Die gesamte Arbeiterklasse und die Angehörigen beschlossen einstimmig einen eintägigen Protektstreik und verließen im Anschluß an die Gedächtnisfeier geschlossen den Betrieb.

